

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD Brandenburg, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

David Kolesnyk
Generalsekretär

Brandenburgische Landeskonferenz
der Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten (BLHP)
c/o Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
Frau Ulrike Kaiser
Platz der Deutschen Einheit 1
03046 Cottbus

per E-Mail: ulrike.kaiser@b-tu.de

Potsdam, 18.07.2024

Ihre Wahlprüfsteine an die SPD Brandenburg

Sehr geehrte Frau Kaiser,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die ich Ihnen hiermit gern beantworte.

1. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine systematische und themenbezogene Einbindung der Hochschulen in ressortübergreifende Strategien zur Landesentwicklung und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen sicherzustellen? (WR, S. 177f.)

Antwort: Unsere Hochschulen tragen durch ihre Expertise und Forschungsleistungen maßgeblich zur Erreichung der strategischen Ziele Brandenburgs bei. Die SPD unterstützt deshalb eine engere Kooperation mit den Hochschulen und nutzt die vorhandene Expertise konsequent für eine faktenbasierte Politikberatung. Inwieweit am Ende ressortübergreifende Strategien oder die stärkere Bereitstellung entsprechender Ressourcen zur Landesentwicklung stehen, werden Teil unserer Koalitionsberatungen sein. Wir verschließen uns möglicher Strategien nicht und möchten in diesem Zusammenhang auf die im Jahr 2017 verabschiedete „Transferstrategie Brandenburg – Verbesserung der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft“ verweisen. Damit haben wir die strategische Basis geschaffen, um den Wissens- und Technologietransfer im Land Brandenburg weiter zu stärken.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die gesetzliche und finanzielle Förderung von Innovationen in Studium und Lehre seitens des Landes zu erzielen. Welche Position vertritt Ihre Partei zum Thema „Gebührenfreies Erststudium“? (WR, S. 101) und (§ 5 Abs. 4 BbgHG)

Antwort: Die SPD setzt sich für ein gebührenfreies Erststudium (inklusive Master) ein. Diese Position ist ein Kernpunkt unserer Bildungspolitik. Studiengebühren verstärken soziale Ungerechtigkeiten und würden jungen Menschen aus weniger wohlhabenden Familien benachteiligen. Die Förderung von Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen zur Finanzierung und Umsetzung innovativer Projekte ist eine Möglichkeit, um Innovationen in Studium und Lehre zu erzielen.

3. Zur Förderung der Forschungszusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) und anderen Stakeholdern zu gesellschaftlich relevanten Schwerpunktfeldern (z.B. Energiewende, Klimawandels, Mobilität, nachhaltige Landnutzung) sowie zur kooperativen Spitzenforschung im Allgemeinen regt der Wissenschaftsrat die Auflage eines Programms zur Forschungsförderung durch das Land an (WR, S. 121). Inwieweit unterstützt Ihre Partei diese Empfehlung und wie sollte Ihrer Meinung ein solches Programm aussehen?

Antwort: Durch die Förderung der Grundlagenforschung, angewandter Forschung und interdisziplinärer Zusammenarbeit können wissenschaftliche Innovationen vorangetrieben und gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel und Energiewende adressiert werden. Die SPD wird sich eines Programms zur Forschungsförderung nicht verschließen. Dennoch bedarf es an dieser Stelle weiteren Prüfungsbedarf, hinsichtlich eines ausgewogenen Zusammenspiels von staatlicher Unterstützung, privater Finanzierung und internationaler Kooperationen. Auch das Einwerben von Drittmitteln aus nationalen und internationalen Förderprogrammen, Partnerschaften mit der Wirtschaft oder das Sponsoring können die finanzielle Basis unserer Hochschulen weiter stärken und so die Unabhängigkeit von zusätzlichen staatlichen Mitteln erhöhen. Dabei werden wir unsere Hochschulen unterstützen. Mit Blick auf die genannten Schwerpunktfelder kommt Brandenburg eine besondere Rolle zu. Brandenburg ist bundesweit Vorreiter bei der Energiewende. Zugleich sind die Folgen des Klimawandels in kaum einem anderen Land so sichtbar wie bei uns. Wir werden die Klima-, Energie- und Umweltforschung stärken.

4. Welchen Beitrag leistet die Internationalisierung der Hochschulen nach Einschätzung Ihrer Partei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg? Durch welche Maßnahmen plant Ihre Partei, die Internationalisierung der Hochschulen zu unterstützen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern?

Antwort: Aufgrund der Globalisierung ist Brandenburg mehr denn je auf internationale Zusammenarbeit und Kooperationen in Bildung, Forschung und Wissenschaft angewiesen. Brandenburgs Hochschulen tragen durch ihre Internationalisierungsbestrebungen erheblich für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg bei. Unser Ziel ist es, den Dialog mit den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu intensivieren, um weitere Möglichkeiten von Kooperationen, der breiteren Vernetzung und des interkulturellen Austausches zu befördern. Dazu gehört die Unterstützung von Partnerschaften mit internationalen Universitäten, um den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern zu erleichtern. Und natürlich werden wir uns auch Zukunft dafür einsetzen, dass die Aktivitäten und Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung gestärkt und den Austausch von Studierenden über das Erasmus+ Programm sowie institutionelle Kooperationen ausgebaut werden.

5. Unterstützt Ihre Partei die Fortführung der „Hochschultreppe“ und wird sie sich für deren Weiterführung einsetzen? Hält Ihre Partei, einen Aufwuchs in Höhe von 5 Mio. € p.a. für ausreichend, um eine stabile, auf Mehrbedarfe reagierende Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen?

Antwort: Unsere Hochschulen sind Garanten für ein zukunftsfähiges Brandenburg. In den vergangenen Jahren haben wir unsere finanzielle Unterstützung stetig hochgefahren und stellen so viel Geld bereit wie nie zuvor. Wir werden den erfolgreichen Weg des Ausbaus der Hochschulfinanzierung fortsetzen und jedes Jahr zusätzlich 5 Millionen Euro für die Grundhaushalte zur Verfügung stellen. Mit dieser erheblichen finanziellen Kraftanstrengung des Landes geben wir unseren Hochschulen Planungssicherheit und Stabilität. Das Land Brandenburg unterstützt die Arbeit der staatlichen Hochschulen in diesem Jahr mit rund 444 Millionen Euro. Das ist ein Plus von 20 Millionen Euro im Vergleich zu 2022 und 59 Millionen Euro im Vergleich zu 2019.

6. Die Unterfinanzierung und dysfunktionalen Prozesse im Hochschulbau sowie den immensen Instandsetzungs- und Reinvestitionsbedarf sieht der Wissenschaftsrat als ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die brandenburgischen Hochschulen an. Wie plant Ihre Partei mit den drei zentralen Empfehlungen umzugehen:

a) den Hochschulbau deutlicher als bislang als strategische Aufgabe der Wissenschaftspolitik zu verankern und eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen (WR, S. 11)

Antwort: Die SPD will sicherstellen, dass die Hochschulen optimal auf die Herausforderungen der Zeit, wie die Anforderungen der Digitalisierung, Internationalisierung und Nachhaltigkeit vorbereitet sind und attraktive Studienbedingungen bieten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass wir mit dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) einen starken Partner an unserer Seite haben. An Neubauten und Ersatzbauten sind insgesamt Mittel von 300 Millionen Euro in Planung. Leider macht die derzeitige Situation am Bau unsere Bestrebungen nicht einfacher und stellt uns vor große Herausforderungen.

b) die Funktionsfähigkeit des Hochschulbaus insgesamt zu optimieren und dessen Stellenwert in der Wissenschaftspolitik deutlich zu stärken (WR, S. 85) sowie (siehe c)

Antwort: Für die SPD sind moderne und gut ausgestattete Hochschulen essentiell, um den Bildungsauftrag effektiv zu erfüllen und die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zu sichern. Um die Funktionsfähigkeit des Hochschulbaus insgesamt zu optimieren, ist deshalb eine stringente und enge Zusammenarbeit zwischen Architekten, Nutzenden und Verwaltung unerlässlich, um die Bedürfnisse aller Beteiligten zu berücksichtigen. Und weil die Digitalisierung und der Bürokratieabbau alle Bereiche erfasst, werden wir auch die damit verbundenen Prozesse weiter aktiv gestalten. Dafür werden wir uns einsetzen.

c) ausgewählten Hochschulen die vollständige Bauherreneigenschaft zu übertragen (WR, S. 186).

Antwort: Wir sehen im Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen einen starken Partner an unserer Seite. Uns sind die Argumente für und gegen eine vollständige Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Hochschulen bekannt. Uns ist es wichtig, mit allen beteiligten Akteuren Verbesserungsvorschläge zu beraten und zu prüfen, wie wir angesichts von Bürokratie und Fachkräftemangel all die Prozesse im Brandenburgischen Hochschulbau schneller und effizienter voranbringen können. Deshalb wollen wir die Digitalisierungsprozesse in unserem Land weiter aktiv gestalten und alle staatlichen Aufgaben und Rechtsvorschriften kritisch prüfen, um unnötige Bürokratie abzubauen.

7. Meinungsvielfalt und Diskurs kennzeichnen die Wissenschaft. Gleichzeitig tragen Hochschulen aber auch eine große gesellschaftliche Verantwortung. Daher positionieren sich die Brandenburgischen Hochschulen deutlich gegen antidemokratische Bewegungen und jede Form von Diskriminierung. Sie verstehen Diversität als Stärke und stehen für Offenheit und ein demokratisches Miteinander.

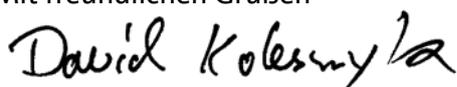
a) In welcher Rolle sehen Sie die Hochschulen beim Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung?

Antwort: Beim Schutz und der Förderung der freiheitlich demokratischen Grundordnung tragen Hochschulen eine große Verantwortung. Sie leisten für unsere Gesellschaft durch Bildung, Forschung, Förderung von Toleranz und Pluralismus, Schutz der Meinungsfreiheit und gesellschaftliches Engagement entscheidende Beiträge.

b) Wie planen Sie, die Hochschulen bei ihrem Eintreten für Vielfalt, demokratische Werte und Schutz vor Diskriminierung – ggf. auch durch entsprechende Ressourcen – zu unterstützen?

Antwort: Unsere Hochschulen sind Aushängeschilder unseres Landes, weit über Brandenburgs Grenzen hinaus. Wir setzen auch in Zukunft darauf, eine inklusive und vielfältige Hochschullandschaft zu schaffen, die Studierenden und Mitarbeitende unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Hintergrund gleiche Chancen bietet. Verschiedene Projekte an Brandenburger Hochschulen zielen darauf ab, ein inklusives Umfeld zu schaffen, das Studierende und Mitarbeitende aus unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen integriert. Erfolgreiche Beispiele sind die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) mit dem „welcome@hnee“ Projekt für geflüchtete Studierende oder die Initiative „Vielfalt gestalten“ der Fachhochschule Potsdam. Auch die Erfolge von drei Brandenburger Hochschulen mit ihren Gleichstellungskonzepten 2024 bestärken uns darin, an diesem Prozess auch in Zukunft weiterzuarbeiten, mit dem Ziel, die Gleichstellung von Frauen und Männern an unseren Hochschulen noch stärker zu verankern.

Mit freundlichen Grüßen



David Kolesnyk
Generalsekretär